

Tale

Kiel, 20.09.2014

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Flemming Meyer zur geplanten PKW-Maut

*zum Landesparteitag in Husum am 20.09.2014*

SSW Landesparteitag 2014

Flemming Meyer zu TOP 5 – Thema des Tages/Resolution

Grenzverkehr aus Dänemark droht Rückschlag – Geplante PKW-Maut ablehnen

Es gilt das gesprochene Wort.

Husum, den 20.09.2014

Kære venner, liebe Freunde,

der politische Streit um eine PKW Maut nimmt immer abstrusere Formen an. Die interne Uneinigkeit innerhalb Bundesregierung macht deutlich, wie unausgegoren der Vorschlag von Verkehrsminister Dobrindt ist. Der Bundesinnenminister hat verfassungsrechtliche Bedenken und der



Bundesfinanzminister warnt vor einem Zusatzgeschäft. Die Kritik gipfelt nun darin, dass die CSU der CDU „Maut-Sabotage“ vorwirft. Um den Streit in der Regierung nicht weiter eskalieren zu lassen, hat Wirtschaftsminister Gabriel nun seine Zustimmung zum Maut-Konzept signalisiert. Was letztendlich konkret vorgelegt wird, ist derzeit ungewiss.

En ting er dog sikkert. Vi i SSW og i grænselandet kan ikke leve med det nuværende forslag, som i den grad vil berøre turismen, grænsehandlen og være et problem for vores pendlere. En vejskat i Tyskland som også skal betales, hvis man kører over grænsegangen i Kruså eller Padborg eller i Rudbøl er absurd og en hindring for samkvemet mellem befolkningerne her i grænselandet. Derfor bør vi her på SSWs landsmøde afvise disse planer.

Dass sich insbesondere die Nachbarstaaten Deutschlands in die Debatte um eine PKW-Maut kritisch einbringen, kann niemanden verwundern. Es sind insbesondere die Grenzregionen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dadurch erschwert sehen.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung haben sich der Flensburger Oberbürgermeister, Faber, der Bürgermeister von Aabenraa, Andresen, und die Stellvertretende Bürgermeisterin von Sønderborg, Nyegaard, dahingehend geäußert, dass die Umsetzung von Dobrindts Mautplänen das deutsch-dänische Grenzland in seiner Entwicklung um Jahre zurückwerfe. Die Bemühungen der gemeinsamen Entwicklung und das begreifen des Grenzlandes als eine Region, wird durch die Maut ad absurdum geführt. Sie sehen in der Maut eine Hürde nicht nur für den „kleinen Grenzverkehr“ oder für Kurztrips über die Grenze. Auch die Kooperation der Hochschulen sehen sie durch eine Maut belastet.

Über Jahre hinweg wird auf beiden Seiten der Grenze dazu beigetragen Hürden und Barrieren abzubauen – niemand weiß das besser als der SSW. Sollte also an den Plänen der für eine PKW-Maut festgehalten werden, dann muss es eine Ausnahmeregelung für die betroffene deutsch/dänische Grenzregion geben, um die nachbarschaftlichen Beziehungen in ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht zu schädigen. Herr Dobrint hat sowas ja auch signalisiert, aber auch in diesem Bereich gibt es bisher keine konkrete Planung. Deshalb muss auch von diesem Parteitag eine klare Ablehnung der Vorschläge kommen.

Anstatt also einen unsäglichen Streit über eine PKW-Maut zu führen, ist es an der Zeit, nachhaltige Pläne zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung vorzulegen. Die Bodewig Kommission prognostiziert für die kommenden 15 Jahre einen Sanierungstau von insgesamt 108 Milliarden Euro. Dabei ist ein Neubau noch



nicht einmal mit eingerechnet. Allein der Sanierungstau ist ein Berg den wir immer weiter vor uns herschieben und je länger wir damit warten ihn abzutragen, desto größer wird er. In Schleswig-Holstein haben wir unter anderem der Rader Hochbrücke, der A7, der A20, der Fehmarnsund-Brücke besondere Finanzierungsprobleme bei der Infrastruktur.

Wir kennen die Vorschläge der Verkehrsministern der Länder ein Sondervermögen einzurichten, um den Sanierungstau abzubauen. Dies scheint ein gangbarer Weg zu sein. Gespeist werden soll das Sondervermögen beispielsweise aus der KFZ-Steuer und der Mineralölsteuer sowie aus der Ausdehnung der LKW-Maut – jedoch ohne PKW-Maut.

